LUDWIGSBURG

Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 21.01.2020, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	**Imageanalyse für die Ludwigsburger Innenstadt - Kundenbefragung der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH, Ludwigsburg (GMA) 2019**	**Vorl.Nr. 501/19**

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er TOP 1 auf.

Herr **Steinert** (Stabstelle Wirtschaftsförderung) und Herr **Dr. Holl** (GMA) informieren zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Herr **Dr. Holl** informiert über die Ergebnisse der Imageanalyse. Die Analyse sei ein wichtiges Instrument zur Evaluierung der Ludwigsburger Innenstadt. Weiter geht er auf die wesentlichen Ergebnisse ein. Im Vergleich zu anderen Städten weise Ludwigsburg ein großes Einzugsgebiet aus. Das BreunlingerLand sei ein zusätzlicher Attraktivitätsfaktor für den Gesamtstandort, werde jedoch überwiegend von Auswärtigen besucht. Als wesentliche Aspekte werden die Parkmöglichkeiten und ein besserer ÖPNV genannt. Die Einkaufsatmosphäre und die Gastronomie seien für die Innenstadt von Vorteil. Das Gastronomieangebot sei sehr gut und ausdifferenziert. Der motorisierte Individualverkehr habe im Vergleich zu anderen Städten in der Innenstadt zugenommen. Der Radverkehr habe zugenommen, die Nutzung des ÖPNV eher abgenommen. Der hohe Kundenanteil aus dem Umland greife nicht auf den ÖPNV und das Fahrrad zurück. Der Handel und die Gastronomie seien auf diese Kunden jedoch angewiesen. Das Fahrradnetz werde kritisch beurteilt. Die Nutzer des ÖPNV kritisieren die Pünktlichkeit. Es gebe unterschiedliche Motive für die Stadtbewohner und die Umlandbewohner.

Herr **Steinert** geht auf die Handlungsempfehlungen ein. Beispielhaft greift er verschiedene Themen heraus.

OBM **Dr. Knecht** dankt den Vortragenden für die wichtigen Hinweise und eröffnet die Aussprache.

Die Analyse sei interessant, so Stadtrat **Girrbach**. Dennoch sei er vom Ergebnis nicht überrascht. Die Innenstadt müsse ihre Stärken, wie Atmosphäre, ausbauen. Der Vergleich zum BreuningerLand sei interessant. Einen direkten Wettbewerb sehe er nicht, da sich die Kundschaft weniger überlappe. Der ÖPNV müsse besser ausgebaut werden. Der Kreis und die Region seien hier auch gefordert. Weiter spricht er den unattraktiven Bahnhof an. Die Aufenthaltsqualität müsse gesteigert werden.

Die Kundschaft aus dem Umland werde gebraucht, merkt Stadträtin **Dr. Klünder** an. Handel und

Gastronomie ergänzen sich gut. Die Attraktivität dürfe nicht vernachlässigt werden. Eine Nachbesserung müsse im Parkplatzmanagement erfolgen und der ÖPNV deutlich qualitativ ausgebaut werden. Sie sehe das BreuningerLand als Konkurrenz, insbesondere aufgrund der Parkplatzsituation. In der Aufenthaltsqualität sehe sie die Zukunft für die Innenstadt. Die Überlegungen zu Pop-up-Stores seien wichtig und wünscht sich gesprächsbereite Vermieter. Fahrradwege und Fahrradabstellplätze müssen verbessert und ausgebaut werden.

Die Ludwigsburger Innenstadt sei schön, lebendig, abwechslungsreich und vielfältig, fügt Stadtrat **Lutz** hinzu. Dennoch stehe man in Konkurrenz zum Onlinehandel, BreuningerLand, sowie Stuttgart. Die Kunden kommen aus dem gesamten Landkreis in die Innenstadt. Die Mobilität sei ein zentrales Thema beim Einkaufsverhalten. Der ÖPNV müsse verbessert werden, die Radwege ausgebaut und Parkraum am Rande der Innenstadt geschaffen werden. Ein Umerziehen sei nicht sinnvoll. Auf die Besucher aus dem Umland sei die Innenstadt angewiesen. Bessere Bedingungen, wie Parkhaus Bärenwiese, Schnellbusse, höhere Taktung, Radwegeausbau und Reduzierung der ÖPNV Gebühren seien notwendig. Zuerst müssen konkurrenzfähige Angebote geschaffen werden, danach können weitere Maßnahmen für eine autofreie Innenstadt erfolgen. Er freut sich über das gute Ergebnis im Vergleich zu anderen Städten.

Der Radverkehr habe einen Zuwachs zu verzeichnen, so Stadtrat **Dr. O`Sullivan**. Neue Radwege müssen jedoch vom Verkehrsraum abgezogen werden. Hierzu müssen politische Entscheidungen getroffen werden. Es gebe unterschiedliche politische Blickwinkel. Die Aufenthaltsqualität müsse noch stärker in den Vordergrund gerückt werden. Dies sei ein großer konkurrenzfähiger Vorteil der Innenstadt. Die Autos in der Innenstadt tragen nicht zur Aufenthaltsqualität bei.

Stadtrat **Haag** sieht im Umstieg der Ludwigsburger kaum Potential, da der Fußgängeranteil bereits über 50% liege. Der Busverkehr aus dem Umland und die Attraktivität des Bahnhofes liegen nicht alleine in Ludwigsburger Hand. Das Thema Park+Ride müsse dringend angesprochen werden.

Stadtrat **Prof. Vierling** fragt an, ob die Teilnehmerzahl der Befragung ausreichend für eine Analyse sei.

Herr **Dr. Holl** zeigt sich mit diesem Stichprobenverfahren zufrieden und spricht den wirtschaftlichen Aspekt an. Der Zeitreihenvergleich sei ihm wichtig. Die Ergebnisse seien nahezu repräsentativ. Persönlich merkt er an, dass die planerischen Grundlagen auf den Rahmenplan zurückgehen. Man habe eine sehr hohe Aufenthaltsqualität und müsse sich bezüglich der öffentlichen Plätze, die Außenanlagen und die Gastronomie im öffentlichen Raum neu orientieren. Der Leistungsstand sei dennoch sehr gut.

Stadtrat **Weiss** fragt nach dem prozentualen Anteil des Umsatzes gegliedert nach Verkehrsteilnehmern.

Stadtrat **Girrbach** fragt nach dem Benchmark und Vergleich in der Region.

Herr **Dr. Holl** geht auf die offenen Fragen ein. Die Gegenüberstellung der Verkehrsmittel zum Umsatz sei in der Analyse nicht enthalten. Regionale Vergleiche können mit dieser Analyse durchgeführt werden. Der Vergleichsmaßstab der Kunden sei individuell und regional unterschiedlich

OBM **Dr. Knecht** dankt und schließt diesen TOP.

TOP 2	Ludwigsburger Innenstadt Verein LUIS e.V. - Bericht über aktuelle Situation, Handlungsfelder und Perspektiven/Ziele	Vorl.Nr. 528/19

Beratungsverlauf:

Herr **Steinert** (Stabstelle Wirtschaftsförderung), Herr **Fischer**, Herr **Keuthen** und Herr **Wegele** (LUIS e.V.) berichten zum Thema anhand von Präsentationen, die dieser Niederschrift beiliegen.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** dankt für die Informationen. Die Ideen seien kreativ. Die positive Entwicklung der Innenstadt sei ihm ein großes Anliegen, hierzu gehöre ein starker Einzelhandel und Gastronomie. Die Aufenthaltsqualität sei ebenso, zur kommerziellen Bedeutung, wichtig. Die Gastronomie in ihrer Vielseitigkeit solle bestehen bleiben. Die Namensumwandlung zu „Dankeschön“ unterstütze er. Dennoch solle inhaltlich hier eine Änderung verkehrsmittelunabhängig erfolgen. Weiter geht er auf die Erschließung weiterer Parkmöglichkeiten am Wochenende ein. Hierzu benennt er das Parkhaus W&W und der Parkplatz Autokino. Hier gebe es keinen Shuttlebedarf, da eine Buslinie bereits bestehe. Er bemängelt, dass die Unterlagen nicht vorab ausgegeben wurden. Radfahrer seien in der Innenstadt flexibel, so könne die Innenstadt erweitert werden. Bei der Verbesserung der Fahrradwege und ÖPNV solle nicht nur die Innenstadt, sondern das Umland, mitgedacht werden. Die Fahrradrouten aus dem Umland seien schlecht und unattraktiv. In einer Stadtbahn sehe er großes Potential.

Ebenso dankt Stadträtin **Dr. Klünder**. Man brauche viele Akteure. Die Mitgliederakquise sei wichtig. Ludwigsburg solle Lebensraum sein. Das Parke-schön-Ticket sei ein gutes Kundenbindungsinstrument. Für die Stuwi-Card wünsche sie eine größere Annahme. Weiter geht sie auf den Leerstand ein. Die städtischen Dienstleistungen seien mit dem Handel nicht vergleichbar. Die Innenstadt solle vital sein und verschiedene Branchen abdecken.

Stadtrat **Lutz** spricht seinen Dank aus. Die Maßnahmen und Aktivitäten seien gut und die Entwicklung toll. Die Gutscheine werden hervorragend angenommen. Der Bonusgedanke solle ebenso in die Firmen getragen werden. Die Namensänderung der Gutscheine sehe er kritisch, da dies für Verwirrung sorge. In den Transaktionen der Stuwi-Card seien noch Kapazitäten frei. Weiter geht er auf den Leerstand ein. Im Vergleich zu anderen Städten stehe man gut da. Er appelliert an die Vermieter. Man solle offen für weitere Konzepte, wie Pop-up-Stores, sein. Ein Busshuttle und die Nutzung der Parkflächen außerhalb der Innenstadt, seien gut. Die bisherige Linientaktung reiche für einen verkaufsoffenen Sonntag nicht aus. Die Parkflächen sollen genutzt werden. Attraktiv und bequem für die Besucher. Weiter geht er auf die fehlenden finanziellen Mittel für einen Shuttle ein. Hierzu sollten die Kosten recherchiert werden. Bei der Mitgliederakquise seien der direkte Austausch und die Kommunikation wichtig. Die Umwandlung des Parktickets in „Dankeschön“ begrüße er. Er sehe darin ein gutes Kundenbindungsmittel und eine Art von Willkommenskultur. Die Ausweitung auf die Fußgänger und Radfahrer sei richtig.

Das Thema sei wichtig, so Stadtrat **Dr. O`Sullivan** und geht auf den Leerstand ein. Hier müsse man sich kreative Gedanken machen. Zudem sehe er eine Shuttlemöglichkeit durch den Parkplatz Ostfriedhof. In der Weststadt müsse ebenso eine Option gefunden werden. Bei großen Events sollten in allen vier Richtungen Parkmöglichkeiten angeboten werden. Das „Dankeschön“ Ticket solle im Layout attraktiver gestaltet werden. Zudem werde eine Erweiterung der Einlöse Möglichkeiten gewünscht. Die Umbenennung des LUIS Gutscheines finde er gut. Der Verein müsse präsenter werden. Bisher habe man diesen Gutschein mit der Stadt assoziiert. Er dankt für die vielen Maßnahmen.

Stadtrat **Haag** spricht die Namensumwandlung an und befürchtet Verwechslungen. Interessant

finde er das Thema Marketing und Werbung und geht auf die große Reichweite der Radiowerbung ein. Zum Thema Leerstand fragt er nach der genauen Vorgehensweise. Das Engagement für die Innenstadt im Gremium sei groß.

Herr **Steinert** geht auf die offenen Fragen ein. Die Mitgliederakquise erfolgt im ganzen Stadtgebiet, auch außerhalb der Kerninnenstadt. Die Anregungen für die Namensumwandlung nehme er mit. Zu Verstärkerfahrten an Sonntagen laufen Gespräche mit der LVL. Ein Shuttle aus allen 4 Richtungen sei wünschenswert. In der Weststadt sei man auf private Flächen angewiesen. Der Code auf dem Parkticket brauche man funktional für die Handynutzung.

Herr **Keuthen** geht auf den Leerstand ein. Eine qualifizierte Nachvermietung sei eine große Herausforderung.

Der Hinweis auf den Busshuttle aus 4 Richtungen werde mitgenommen und nach Lösungen gesucht, so OBM **Dr. Knecht**. Er dankt den Vortragenden und schließt diesen TOP.

TOP 3 **Änderung Verwaltungsgebührensatzung (Vorberatung)** **Vorl.Nr. 002/20**

Beschlussvorschlag:

1. Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO), der §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und des § 1 Landesgebührengesetzes (LGebG) in Verbindung mit § 4 Abs. 3 LGebG wird das Gebührenverzeichnis der Satzung der Stadt Ludwigsburg über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung) geändert.

2. Die Satzung ist auszufertigen, bekanntzumachen und dem Regierungspräsidium Stuttgart als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen.

3. Die Satzung tritt mit Wirkung vom 01.03.2020 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** (FB Finanzen) führt in das Thema ein. Schwerpunkt der Satzungsänderung sei das Thema Baurecht, welches innerhalb der Verwaltungsgebühren angesiedelt sei. Seit 01.04.2018 sei

die Verwaltungsgebührensatzung in Kraft.

Herr **Fazekas** (FB Bürgerbüro Bauen) informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Die Beratungszeiten seien enorm angestiegen. Das Serviceangebot habe sich erweitert. Weiter nennt er unter anderem die Notariatsreform, Veränderungen im Verfahren, Erbenermittlung, Verlängerung der Öffnungszeiten, sowie Digitalisierung als weitere Gründe. Innerhalb eines Vergleichsringes habe man die Gebühren anderer Kommunen abgefragt. Intern erhielt man eine Rückkopplung durch die Revision. Man versuche ständig die Arbeit zu optimieren und habe die Impulse der Revision aufgenommen. Ohne eine Gebührenanpassung seien die Einnahmeansätze nicht realisierbar.

Die Erhöhung ergibt sich aus der Haushaltsdebatte, so Stadtrat **Girrbach** und signalisiert seine Zustimmung. Er vertraue der Verwaltung, dass die Kalkulation und Anpassung entsprechend wirtschaftlich und verhältnismäßig erfolgt sei.

Eine andere Auffassung vertritt Stadtrat **Herrmann**. Die Verwaltungsgebühren habe man erst im Jahre 2018 erhöht und weist darauf hin, dass Beschlüsse des Gemeinderates in die Gebührenordnung nicht eingearbeitet seien und wundert sich hierüber, da die Diskussion damals hierzu umstritten gewesen sei. In der Satzung stehe die tatsächlich beschlossene Gebühr. Er geht auf die gesetzliche Umsatzsteuer und die Bewachungsgebühr ein und will wissen, wer hiervon betroffen sei. Im Bereich Baukontrolle gebe es eine deutliche Erhöhung der Rahmengebühr. Hierdurch verteuere sich das Bauen. Für eine Einsparung solle nicht nur eine Einnahmenerhöhung, sondern eine Optimierung der Verwaltungsabläufe geprüft werden. Die Bausummen seien deutlich gestiegen. Hierdurch müssten höhere Einnahmen möglich sein. Die Reform war als Einsparung und nicht Verteuerung gedacht. Ludwigsburg solle nicht als Vorreiter der Gebührenerhöhung fungieren. Einer Erhöhung der Baugenehmigungsgebühren werde seine Fraktion nicht zustimmen und er stellt den Antrag, dass im Bereich Bauen keine Erhöhung erfolge. Die Baugenehmigungsgebühr sei auf die Kommunen delegiert worden, früher habe dies der Landtag festgelegt. Der enorme Anstieg in den letzten Jahren sei nicht absehbar gewesen und bedeute für die Bauherren eine Verteuerung.

Politisch sei eine Erhöhung nicht vertretbar, so Stadtrat **Weiss** und schließt sich dem Antrag der CDU an. Er interessiert sich für den Anlass der Baugebührenerhöhung und zählt beispielhaft die Umsatzsteuer, Bürokratie, Revision, mehr Personalkosten, Notariatsreform und längere Laufzeiten auf. Die Reformen gehen zu Lasten der Bürger und der Verwaltung.

Solange die Baukosten steigen, erhöhen sich auch die Einnahmen, merkt Stadtrat **Dr. O`Sullivan** an. Regelmäßig sollten die Gebühren erhöht werden. Er wünscht eine Differenzierung nach Art der Nutzung zwischen gewerblichen Bauvorhaben und Wohnraum. Bei der jetzigen Wohnraumsituation dürfe bei Wohnnutzung keine Kostensteigerung erfolgen. Ansonsten werde er sich dem CDU- Antrag anschließen.

Bezahlbares Wohnen hänge mit bezahlbarem Bauen zusammen, merkt Stadtrat **Haag** an. Der Mehraufwand aufgrund Reformen und Vorschriften dürfe nicht auf die Bauherren abgewälzt werden. Die Entwicklung durch die Baukostensteigerung interessiert ihn. Weiter spricht er das Thema Bewachungspersonal, Differenzierung zwischen Bewilligung und Ablehnung, sowie Steuerbegünstigung beim Denkmalschutz, an. Der Abstand der Gebühren zu anderen Kommunen sehe er zu hoch.

Herr **Kistler** geht auf die offenen Fragen ein. Er werde die angemahnte fehlende Einarbeitung der Beschlüsse prüfen. Die Umsatzsteuer diene zur Prävention. Die Fragen zur Bewachungsgebühr

nimmt er in den Fachbereich Sicherheit und Ordnung mit.

Haushaltswirksam seien hauptsächlich die Gebührensätze der Baugenehmigung erhöht worden, ergänzt Herr **Fazekas**. Die übrigen Gebührenanpassungen bewirken keine spürbaren Einnahmen. Die Differenzierung zwischen Gewerbe und Wohngebäude müsse erhoben werden. Zum Vorwurf der fehlerhaften Einarbeitung der Beschlüsse merkt er an, dass man sich an die Beschlüsse halte und ist sich sicher, dass die damals beschlossenen Beträge umgesetzt worden sind. Dennoch werde er dies prüfen.

Stadtrat **Herrmann** fügt hinzu, dass die Gebühren erhöht werden sollen, jedoch nicht bei Baugenehmigungen. Hier habe man aufgrund der steigenden Bausummen bereits Mehreinnahmen. Einer Erhöhung der Promillesätze werde er nicht zustimmen. Die Beantwortung der Fragen zur Umsatzsteuer und Mindestgebühr habe ihn überzeugt.

Während des Beratungsverlaufes stellt OBM **Dr. Knecht** fest, dass noch Klärungsbedarf besteht und schlägt vor diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen. Die Beratungsfolge wird für den Ausschuss Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 11.02.2020 und den Gemeinderat am 19.02.2020 vorgesehen. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

OBM **Dr. Knecht** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.